Landkreis **Vorpommern-Rügen**
3. Wahlperiode

Antrag

Einreicher:
Kreistagsfraktion SPD

Vorlagen Nr.:
A/3/0068

Status: öffentlich

Gremium	Zuständigkeit	Sitzungstermin
Kreistag Vorpommern-Rügen	Entscheidung	07.06.2021

Antrag der Kreistagsfraktion SPD: "Kein Atommüllendlager in unserem Landkreis!"

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

Der Kreistag lehnt ein Atommüllendlager in unserem Landkreis ab. Der Landrat wird beauftragt, alle Schritte einzuleiten, um die Verhinderung eines Endlagers in Vorpommern-Rügen zu erreichen, insbesondere auch bereits jetzt gegebenenfalls juristische Schritte einzuleiten.

Begründung:

Gemäß der BGE Bundesgesellschaft für Endlagerung kommen Rügen und Hiddensee als Atommüllendlager in Frage. Die Bewertung erfolgte unter der Nummer Teilgebiet 078_08TG_197_08IG_S_f_z. Dabei wurde eine überwiegend positive Bewertung für ein Endlager gegeben.

Für unsere Region wäre ein solches Atommüllendlager eine Katastrophe. Unabhängig davon, ob die Sicherheit tatsächlich gegeben wäre oder nicht, würde sich dies verheerend auf unsere Tourismusindustrie auswirken. Es ist daher wichtig, bereits frühzeitig die Ablehnung eines solchen

Vorhabens aufzuzeigen und mit allen verfügbaren und legalen Mitteln zu verhindern.

Es ist voraussehbar, dass kein Gebiet in Deutschland mit dem Endlager einverstanden sein wird, so dass das Ausmaß des erwartbaren Widerstands vor Ort von entscheidender Bedeutung sein könnte. Wir sollten daher von Anfang an klar machen, dass in unserem Landkreis mit dem

größtmöglichen Widerstand zu rechnen ist.

Das Land Bayern hat bereits öffentlich verkündet, dass es ein Endlager in Bayern nicht geben wird. Da Bayern eine starke Lobby im Bund besitzt, ist zu erwarten, dass die Verhinderung in diesem Fall gelingt. Das Beispiel von Gorleben zeigt, dass Bürgerproteste etwas erreichen.

gez. Kristine Kasten
Fraktionsvorsitzende
Kreistagsfraktion SPD